

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

## Aufbruch ins 21. Jahrhundert?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1998) : Aufbruch ins 21. Jahrhundert?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 10, pp. 566-567

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40073>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Aufbruch ins 21. Jahrhundert?



Hans-Eckart Scharrer

Die Rot-Grüne Koalition ist mit dem Anspruch angetreten, an der Schwelle zum Jahre 2000 die Bundesrepublik fit zu machen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das ist ein hoher Anspruch, der langfristiges konzeptionelles Denken und Handeln verlangt und die Bereitschaft voraussetzt, manche in den Jahren der Opposition kultivierte Wunsch- oder auch Feindbilder zu überprüfen. Bei der Bewältigung ihrer selbst gestellten Aufgabe befindet sich die neue Regierung in einer günstigen Ausgangslage: Sie ist noch unverbraucht, sie kann sich im Bundesrat auf eine Mehrheit sozialdemokratisch regierter Länder stützen, und sie steht nicht in dem Verdacht, Erfüllungsgehilfe von „Wirtschaftsinteressen“ zu sein. Sie kann daher der Bevölkerung auch unbequeme Wahrheiten zumuten, wenn sie dies denn will – zumindest zu Beginn ihrer Amtszeit.

Diese unbequemen Wahrheiten lauten: Erstens: Die Arbeitslosigkeit läßt sich dauerhaft weder durch Umverteilung der Arbeit noch durch staatliche Ausgabenprogramme, sondern nur durch eine Steigerung der Investitionsneigung privater Unternehmen und die Beseitigung sozialpolitischer Fehlanreize abbauen. Die Steuer-, Tarif- und Sozialpolitik muß sich zuerst an diesem Tatbestand orientieren. Zweitens: Bei den in den nächsten Jahrzehnten fortschreitenden Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung ist der Sozialstaat alter Prägung nicht länger finanzierbar – weder über Sozialabgaben noch über den Haushalt. Er bedarf dringend der durchgreifenden Reform, sollen künftige Generationen nicht vor einem Scherbenhaufen stehen. Drittens: Die Bundesrepublik ist keine Insel. Sie ist eingebunden in die Weltwirtschaft und in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Dies setzt deutschen Alleingängen Grenzen und verlangt nach einer Wirtschaftspolitik, die auf dynamischen Wandel, nicht auf Beharren gerichtet ist, und die dies durch klare Signale deutlich macht. Anders kann sich die Bundesrepublik auf Dauer als Hocheinkommensland im internationalen Wettbewerb nicht behaupten.

Die bisher aus den Koalitionsverhandlungen bekanntgewordenen Einzelheiten zur Wirtschafts- und Finanzpolitik lassen allerdings befürchten, daß die beiden Regierungsparteien eher auf kleiner Flamme kochen als große Lösungen mit Signalwirkung durchsetzen wollen, daß sie Verteilungsfragen einen höheren Stellenwert als Wachstum und Beschäftigung beimessen und daß die Zukunftsvorsorge gegenüber der Befriedigung von Gruppeninteressen ins Hintertreffen gerät. Dies hat sicher auch etwas damit zu tun, daß versucht wird, schwierige und kontroverse Sachfragen in den Koalitionsverhandlungen innerhalb weniger Tage im Detail zu lösen. Der angekündigte Aufbruch in die Zukunft wird damit freilich verfehlt.

Erkennbar wird dies zunächst in der Steuerpolitik. Hier ist die Koalition dabei, die Chance zu vertun, durch eine große Steuerreform mit einer durchgängigen kräftigen Senkung der Steuersätze die Bundesrepublik als Investitionsstandort und als Arbeitsort für hochqualifizierte Tätigkeiten nachhaltig zu stärken. Der Spitzensteuersatz wird zu langsam und zu wenig zurückgenommen, als daß davon eine positive Signalwirkung ausgehen könnte, und auch beim Eingangssteuersatz wäre mehr Mut angezeigt gewesen. Eine substantielle Steuerreform hätte bei einem klaren Zeitplan durchaus in Stufen verwirklicht werden können; bei dem Vorhaben der Koalition erweckt die Streckung über vier Jahre den Eindruck

mangelnder Entschlossenheit. Durch die gewollte „Umverteilung von oben nach unten“ wird Konsum auf Kosten von Investitionen gefördert, Unternehmen werden bis (mindestens) 2002 per saldo steuerlich zusätzlich belastet. Der dauerhaften Sicherung und Schaffung von Beschäftigung ist damit nicht gedient. Im gesamten Tarifbereich von ca. 50 000 DM bis 107 500 DM bleibt der Grenzsteuersatz unverändert – die „Neue Mitte“ geht somit bei den steuerlichen Leistungsanreizen leer aus. Die Nettoentlastung durch das Steuerpaket ist mit zehn Milliarden D-Mark gering und setzt überdies erst im Jahr 2002 ein. Eine Bundesregierung, die von der Bundesbank aktuell Zinssenkungen fordert, um einer befürchteten wirtschaftlichen Abschwächung entgegenzuwirken, hätte finanzpolitisch die zeitliche Verteilung anders setzen müssen.

„Vergessen“ wurde im Steuerpaket der Solidaritätszuschlag. Die tatsächliche Steuerlast wird dadurch geschönt. Im neunten Jahr nach der Wiedervereinigung ist es dringend angezeigt, einen Zeitplan für das Auslaufen dieser Sonderabgabe vorzulegen. Die Aufgabe, den „Aufbau Ost“ weiterhin voranzutreiben, wird davon nicht berührt. Sie muß aber ebenso im Rahmen der normalen Haushaltsfinanzierung geleistet werden wie dies auch für andere Staatsaufgaben gilt. Mittel dafür können durch den Abbau von Subventionen freigemacht werden. Nur auf diese Weise kann mittelfristig die Staatsquote weiter zurückgeführt werden.

In der Sozialpolitik deutet ebenfalls vieles darauf hin, daß die Weichen falsch gestellt werden sollen: in Richtung auf die Verlagerung von Soziallasten in den Haushalt anstatt auf den Abbau dieser Lasten. Dies kann auf die Dauer nicht gelingen. Zwar ist der Ansatz, den knappen „Faktor Umwelt“ stärker zu belasten, prinzipiell richtig. Die Aufgabe, das Sozialsystem zu reformieren, bleibt davon jedoch unberührt. Ökonomisch geradezu widersinnig wäre es, unter dem Etikett „Senkung der Lohnnebenkosten“ den Energieverbrauch höher zu besteuern, gleichzeitig aber Maßnahmen der scheidenden Bundesregierung zur Begrenzung eben dieser Lohnnebenkosten rückgängig zu machen: die Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die schrittweise Reduzierung des Rentenniveaus. Diese Maßnahmen bedürfen vielmehr der Ergänzung durch zusätzliche Anreize zur Senkung der Krankheitskosten und die Entlastung der umlagefinanzierten Rentenversicherung – durch Elemente der Kapitaldeckung und eine höhere private Eigenvorsorge für das Alter. Statt dessen lautet das Signal, das von den Steuerbeschlüssen ausgeht: private Vorsorge wird bestraft. Wer aus seinem (versteuerten!) Einkommen Geldvermögen bildet, anstatt ohne Rücksicht auf die Zukunft zu konsumieren, unterliegt künftig in der Ansparphase ebenso wie später als Rentner schon bei vergleichsweise geringen Erträgen der vollen Besteuerung. Hier sind Kurskorrekturen dringend geboten.

Auch die Sozialhilfe sowie die Arbeitsmarktpolitik bedürfen dringend der Reform: in Richtung auf die Förderung – nicht Blockierung – von beruflicher Eigeninitiative. Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe werden traditionell in dem Sinne fehlgeleitet, daß sie Nicht-Arbeit unterstützen anstatt die Rückkehr ins Berufsleben zu belohnen. Der hohe Anteil an Langzeitarbeitslosen in Deutschland hat nicht nur etwas mit dem Mangel an Arbeitsplätzen, sondern auch mit der Qualität des sozialen Netzes und den falschen Anreizwirkungen des Sozialsystems zu tun. Eine Regierung, die den Aufbruch in die Zukunft verspricht, muß sich dieser Problematik annehmen. Sie kann dabei auf positive Erfahrungen zurückgreifen, die in anderen, auch sozialdemokratisch regierten Ländern mit der sozialpolitischen Umsteuerung gemacht wurden. Auch das amerikanische Beispiel darf nicht länger tabuisiert werden. Ziel sollte es sein, Sozialleistungen nicht einfach zurückzufahren, sondern Arbeit, auch niedrig bezahlte Arbeit, durch Modelle wie den Kombilohn oder den „earned income tax credit“ zu belohnen.

Große Bedeutung mißt die neue Regierung einem Bündnis für Arbeit bei. Der vorgeschlagene Grundansatz – „Frage nicht, was der andere tun soll, sondern was Du selbst zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen kannst“ – erscheint auf den ersten Blick vielversprechend. Wenn der Beitrag der Gewerkschaften allerdings in dem proklamierten Ende der Bescheidenheit besteht, ist das Bündnis schon am Ende, bevor es begonnen hat. Um so wichtiger ist es, daß die neue Bundesregierung über den in den Koalitionsverhandlungen abgesteckten, zu engen Handlungsrahmen hinaus in den kommenden vier Jahren für innovative Ansätze umsetzungsfähig bleibt. An zukunftsweisenden wirtschaftspolitischen Ideen und Konzepten fehlt es in beiden Regierungsparteien nicht. Mit ihnen läßt sich der notwendige Aufbruch noch schaffen.